

Beschluss LV16 – 11 – B04

SIEMENS muss seiner Verantwortung gerecht werden

Die sächsische SPD fordert den Vorstand von SIEMENS auf, seine Pläne zum Abbau von 6.900 Arbeitsplätzen der zur Schließung der Werke u.a. in Görlitz und Leipzig führt zurückzunehmen. Ein Konzern, der Rekordgewinne verbucht, muss in der Lage sein, in einer in Teilen schwierige Marktsituationen auf Arbeitsplatzabbau und Werksschließungen zu verzichten. Mit der Schließung der Werke in Görlitz und Leipzig zieht sich SIEMENS aus seiner politischen und sozialen Verantwortung für diese Regionen zurück.

Wir erklären uns mit allen betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern solidarisch. Wir unterstützen die Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat von Siemens bei Ihrem Ziel, die Stellenkürzungen und Werksschließungen zu stoppen. Stattdessen fordern wir Investitionen in die Innovationsfähigkeit der betroffenen Standorte.

Gerade im Landkreis Görlitz würde sich eine Werksschließung verheerend auf die weitere Entwicklung der gesamten Region auswirken. Hier stehen nicht nur die Arbeitsplätze der Werksangehörigen auf dem Spiel sondern auch unzählige Jobs bei den Zulieferern. Weiterhin würde dies eine weitere Schwächung der ohnehin schon schwachen Kaufkraft der Region bedeuten. Die dadurch entstehenden negativen Auswirkungen auf den anstehenden Strukturwandel der Lausitzer Braunkohleregion kann überhaupt nicht abgeschätzt werden.

Der SIEMENS-Vorstand wird durch die sächsische SPD aufgefordert, nicht nur gewinnfördernde Maßnahmen und die Dividende für seine Aktionäre im Auge zu haben, sondern seiner politischen, sozialen strukturellen und wirtschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Es wird gefordert, dass der Vorstand gemeinsam mit den Gewerkschaften und Betriebsräten der betroffenen Werke Strategien zum Erhalt der Standorte erarbeiten.

Votum: Einstimmig angenommen